Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: 156 Fernsprecher 222 Johannisgasse 8.
Hauptfiliale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Familien- und Stellen-Anzeigen 20 ₰.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif.
Die 4gespaltene Reklamezeile 75 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Extra-Beilagen (nur mit der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & M. Klinkhardt).

Nr. 44. **Mittwoch** den 25. Januar 1905. **99. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Die Dresdner Studentenschaft brachte dem König gestern abend einen Huldigungs-Fackelzug dar. (S. Sachsen.)

* Im Reichstage stand gestern die Bülingsche Interpellation über die mecklenburgischen Verfassungsverhältnisse zur Beratung, jedoch erklärte die Regierung, sich nicht einmischen zu können. (S. Dtsch. Reichstag.)

* Minister Möller soll nach Erledigung des Streiks im Ruhrrevier zurücktreten wollen. (S. Dtsch. Reich.)

* Fürst Ferdinand von Bulgarien trifft am Donnerstag zum Besuch des Kaisers in Berlin ein. (S. Dtsch. Reich.)

* Professor Rudolf Siemering, der bekannte Bildhauer, ist im Alter von 70 Jahren gestorben. (S. Feuilleton.)

* Der österreichische Reichsrat ist gestern mit einer Rede des Ministerpräsidenten v. Gautsch eröffnet worden. (S. Letzte Dep.)

* Die Feier der Universität Moskau, die heute ihr 150jähriges Jubiläum begehen sollte, wurde aus Furcht vor Demonstrationen verboten. (S. den Artikel.)

* Die Petersburger Arbeiter dürften den Streik bis zum Sonnabend aushalten; gestern wurden die Opfer der Sonntagskatastrophe nach den Friedhöfen geleitet. (S. den Artikel.)

* Nach Londoner Depeschen ist die Feuersbrunst in den Depots von Sewastopol die Tat meuternder Matrosen, die durch die geschlossenen Tore gewaltsam eindrangen. (S. den Artikel.)

* Dem Streik der Petersburger und Moskauer Arbeiter haben sich die Arbeiter von Kowno und Wilna angeschlossen. (S. den Artikel.)

Die einsame Regierung.

Es ist der seltene Fall eingetreten, daß man eine überwältigende Anteil- und Parteinahme der deutschen Nation konstatieren kann, und daß diese Stellung des Volkes in seinem Parlamente zum korrekten Ausdruck gelangt ist. Der Bergarbeiterstreik an der Ruhr hat ganz allgemein die sozialpolitisch interessierten Massen gepackt und eine Genugtuung sondergleichen ist es, an diesem Beispiel nachweisen zu können, wie tief und sicher das Bewußtsein der sozialen Pflichten im ganzen Reiche begründet ist. Es ist höchst bemerkenswert, daß sogar die konservativen Politiker ihre erste Erklärung im Reichstage nachträglich haben „interpretieren" müssen, um wenigstens den Schein der Anteilnahme zu retten. So weit ging der Druck.

Ja, wenn man das vorher gewußt hätte, mag man in den betroffenen Reichsressorts gesagt haben, als man diese verblüffende Einmütigkeit konstatierte. Vielleicht wäre dann von Anfang an auch eine andere Sprache vom Regierungstische zu hören gewesen, anstatt daß man sich mühsam in letzter Minute der Situation durch ein paar Konzessionen anzupassen versuchen mußte. So aber kann man nicht anders, als von einem Fiasko sprechen. Selbstverständlich zweifelt kein Mensch an dem subjektiven Wohlwollen und dem guten Willen des Kanzlers. Es würde uns z. B. auch sehr schwer werden, an diesem guten Willen des Reichskanzlers zu zweifeln, denn wir vermögen diesem Begriff keine tatsächliche Unterlage mehr zu geben. Nach den ersten Reden wußte man nur das Eine: wenn Exzesse vorkommen, so wird man schießen lassen. Und an dieser Bereitwilligkeit, die Ruhe herzustellen, haben wir nicht einen Augenblick gezweifelt. Wir haben schon vor Wochen, als Herr Bernstein, dieses große Kind, zu Massendemonstrationen riet, darauf hingewiesen, wie prompt solche Demonstrationen im preußischen Staate erstickt werden würden. Abgesehen aber von diesem kurzen Ausbruch der verborgenen Energiequellen, war der Kanzler nur glatt und verbindlich. Er bemerkte nicht oder wollte nicht bemerken, daß die Nation hier ein unzweideutiges Wort verlangt. Der Nationalist aus der Wilhelmstraße ist nun einmal nicht der Mann, das Lutherische „Ich kann nicht anders" zu betätigen, im Gegenteil, er kann gar nicht anders, als immer anders zu können. Das ist sein Glück und sein Unglück, sein Verdienst und seine Schuld. Ein Reichskanzler, der weniger Talleyrand wäre, hätte deutlich gesagt, daß die Nation das Verhalten der Arbeitgeber mißbilligen muß. Der Extrakt seiner Rede hätte lauten müssen, daß die Arbeitgeber sich in einem schweren Irrtum befinden, wenn sie sich einbilden, eine Angelegenheit, die für die gesamte Nation geradezu verhängnisvolle Folgen haben kann, als Privatsache behandeln zu können. Der Standpunkt des Absolutismus mußte scharf und klar zurückgewiesen werden, die Weigerung der Arbeitgeber, mit den Arbeitern kontradiktorisch zu verhandeln, mußte deutlich gekennzeichnet werden — umsomehr, als sie ein Schlag ins Gesicht der Regierung ist — es mußte hervorgehoben werden, daß die Arbeiter durch rücksichtslose, vom Oberbergamt für „ungesetzlich" erklärte Maßregeln, wie die Verlängerung der Seilfahrt, gereizt worden sind. Es mußte betont werden, daß die Forderungen, die sie seit fünfzehn Jahren aufstellen, durchaus diskutabel sind; es mußte darauf hingewiesen werden, daß die Arbeitgeber das von ihnen anerkannte Essener Protokoll vom Jahre 1898 durch ihre Verwaltungspraxis durchlöchert haben, daß Arbeiter von den Unterbeamten nachweislich mißhandelt worden sind, daß manche Beschwerden — so z. B. die über das Wagennullen — sich als vollberechtigt erwiesen haben. Und wenn dies alles geschehen war, dann, aber auch dann erst, durfte Graf Bülow damit beginnen, der Sozialdemokratie ihr Sündenregister vorzuhalten, die Arbeiter darauf hinzuweisen, daß ihr Kontraktbruch moralisch zwar entschuldbar, trotzdem aber tadelnswert sei, sie zur Mäßigung zu ermahnen und sie vor Ausschreitungen zu warnen. Des weiteren wäre ein offenes pater peccavi des Staates notwendig gewesen, der seit Jahren tatenlos einer Entwickelung zugeschaut hat, die Wachsamkeit und energisches Eingreifen heischte.

Solche Offenheit wäre nicht „staatsmännisch" im vormärzlichen Sinne, aber wir sind ganz sicher, daß eine derartige Rede einen Widerhall in der Nation gefunden hätte, wie die Reden des Grafen Bülow, die so blinkend sind, ihn nicht gehabt haben. Graf Bülow findet uns, wenn er dieses Blatt lesen sollte, gewiß unendlich naiv, aber wir meinen, wenn jemand es fertig bringt, auf das Vorbild der englischen Gewerkschaften hinzuweisen, die die Lage der Arbeiter „auf richtigem Wege, womöglich ohne Aufstand", verbessern wollten, und in einem Atem mit diesem Hinweis die Haltung unserer Arbeitgeber zu verteidigen, so ist das auch ein Stück Naivetät, weil er den klaffenden Widerspruch nicht bemerkt, den diese Ausführungen in sich tragen. Wir möchten wohl wissen, wie die Arbeiter den Herren Stinnes und Thyssen gegenüber ihre Lage ohne die ultima ratio des Streikes verbessern wollten. Diese Herren lassen ja nicht mit sich reden, wollen ja nicht hören, und mit ihnen verglichen war Nikolaus der Erste ein hochmoderner Mann.

Im Reichstage haben die Ausführungen des Grafen Bülow nicht gewirkt; nicht einmal auf der Rechten, ihre Schwäche trat zu deutlich zutage. Es ist dies vielleicht auch ein Beweis dafür, daß Graf Bülow die geistigen Bedürfnisse des Parlaments zu niedrig schätzt. In diesem Augenblick davon zu sprechen, daß die Sozialdemokratie das „Ende der Kultur und den Tod der individuellen Freiheit" herbeiführe, war doch vielleicht nicht angezeigt, denn selbst in den Herren von der Rechten wird wohl der Gedanke dämmern, daß die Herren Thyssen und Stinnes als Vorkämpfer der Kultur und der individuellen Freiheit Witzblattfiguren und Kladderadatschargumente sind.

Wie wenig Fühlung die Regierung in dieser Frage mit den Anschauungen auch weit rechts stehender Politiker gehabt hat, das sieht man nicht nur aus der Rede Stöckers und der Antisemiten, sondern auch aus den Artikeln der „Dtsch. Tagesztg.". Wir stehen nicht im Verdacht, dies Blatt unbesehen zu lieben. Um so eher können wir uns darauf berufen, wie schwer sogar diese Agrarierzeitung die Unterlassungssünde der Regierung verurteilt hat. In einem programmatischen Artikel der „Dtsch. Tagesztg." Ernste Gedanken zum Streik im Kohlenrevier" finden sich folgende Sätze:

„Daß . . . der Arbeiterfrage nicht die pflegliche Behandlung zuteil wurde wie in anderen Industriebezirken, mit einer ruhigen, stetigen Entwickelung, haben erst die Ereignisse der letzten Tage klar erkennen lassen. Auch ohne das Ergebnis der regierungsseitig veranstalteten Untersuchungen abzuwarten, bleibt die Tatsache bestehen, daß die Saat der Erbitterung nicht nur von dem sozialdemokratischen Agitator, sondern auch von . . . Unternehmern ausgestreut worden ist. Umso bedauerlicher ist es, wenn diese es kaltblütig ablehnen, den Weg zu einer Verständigung zu bescheiten."

Das Blatt findet dann noch scharfe Worte gegen das „Großprozentum", fordert die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues und hat dann sogar den Mut, die Nationalitätenfrage unbefangen zu behandeln. Es heißt da:

„Wie ganz anders im Ruhrkohlenbezirk! Dieser bildet mit seinen privatwirtschaftlichen Betrieben die Aufnahmestätte für die slavische Einwanderung, die eine beständige Gefahr für die Erwerbsverhältnisse wird. Hier herrscht lediglich das Gesetz von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte, das dem deutschen Arbeiter die Pforte weist, wenn er nicht dem Erwerbssinn des Unternehmers Rechnung tragen will oder kann!"

Wir haben gesagt, das Blatt hat den Mut, die Nationalitätenfrage zu behandeln, denn die „Dtsch. Tgsztg." weiß natürlich, daß es auch eine agrarische Nationalitätenfrage gibt, und daß ihr nationales Verhalten ihr auch verdacht werden kann. Denn wir nehmen nicht etwa an, daß hier eine Spekulation vorliegt: Werden der Industrie die fremden Arbeitskräfte entzogen, so kommen sie der Landwirtschaft zugute. Eine so ernste Angelegenheit, die man fast als eine deutsche Lebensfrage bezeichnen kann, zu egoistischen Zwecken benutzen zu wollen, wäre doch gar zu kleinlich.

Und auch an dieser Seite des Streiks ist die Regierung vorübergegangen, ohne sich aufzuregen, ja, ohne sie auch nur zu berühren. Wir haben jederzeit betont, wie sehr wir uns darüber freuen, daß an der Spitze des Reiches und des preußischen Staates ein kultivierter Mann steht, der sich universeller geistiger Interessen rühmen darf. Hier aber hätten wir gern auf den Reichtum an Geist verzichtet, und ein kerniges, gesundes, sicheres Gefühl würde glücklicher operiert haben. Wir halten uns an Goethes Wort „In dieser Zeit soll niemand schweigen oder nachgeben", und wir glauben, daß von diesem Streik eine neue Aera datieren wird. Die Macht der Kapitalistengruppe hat ihren Höhepunkt erreicht, und bevor wenige Jahre ins Land gegangen sind, werden die Herren, die jetzt über den Staat triumphieren, an den Wässern der Ruhr sitzen und weinen. Die Initiative der Regierung wird freilich dabei leider keine erste Rolle gespielt haben.

Der Generalstreik im Ruhrgebiet.

Der Kaiser und der Streik.

Der Kaiser hat sich auf dem Ordensfeste am Sonntag auch über den Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier unterhalten. Er zog den Generalsekretär vom Verband der Glasindustriellen, Herrn Göge, ins Gespräch, mit dem er sich über die gemeinsam verlebte Dienstzeit beim 1. Garde-Regiment unterhielt. Später kam der Kaiser auf den Generalstreik zu sprechen und erkundigte sich, nach dem „B. T.", insbesondere nach den Wirkungen, die der Ausstand auf die verwandten Industrien haben kann.

Der Streik im Lichte der Zechenbesitzer.

Geheimrat Kirdorf, Vorsitzender des Kohlensyndikats und Generaldirektor von „Gelsenkirchen", äußerte sich zu einem Vertreter der „Frkft. Ztg." in folgender Weise über die gegenwärtige Krisis:

„Ich weiß, daß Ihr Blatt sozialpolitisch und wirtschaftspolitisch einen uns wenig freundlichen Standpunkt einnimmt. Gerade deshalb aber liegt mir daran, Sie davon zu überzeugen, daß wir nicht Protzen sind, die nur ihre Geldsackinteressen kennen, sondern daß auch wir Ueberzeugungen haben, denen wir bis zur letzten Konsequenz, und sollte man uns absetzen, treu bleiben wollen. Verteidigten wir nur materielle Interessen, so müßten wir ja zu Verhandlungen bereit sein. Aber Pflicht und Gewissen sagen uns, daß jederlei Verhandlung nur die eine Folge hätte, den gegenwärtigen Konflikt in die Länge zu ziehen und die Streikenden im Widerstand zu bestärken. Die vierzehn von den Delegierten der Arbeiter uns unterbreiteten Forderungen sind nach unserer Aller Ansicht gänzlich unannehmbar, und Verhandlungen darüber wären aussichtslos. Sähen wir die Möglichkeit von Verhandlungen, bei denen irgend etwas herauskommen könnte, so würde man über die rein grundsätzliche Frage der Anerkennung der Gewerkvereinsvertreter vielleicht hinwegsehen können. Zehn Prozent der Arbeiterschaft hat sich dem Streik nicht angeschlossen. Die Bewegung kann nur damit enden, daß die Ausständischen einsehen, bei dem Streik kommt nichts für sie heraus, und daß sie sich allmählich den vorhandenen Arbeitswilligen angliedern und sie vermehren. Wenn Regierung und öffentliche Meinung uns zu Verhandlungen zwingen wollen, so mögen sie sehen, wie es kommt. Wir haben alle politischen Parteien gegen uns. Die Regierung fürchtet die Massen. 1889 verhandelte Hammacher in Berlin und redete uns Verpflichtungen auf. Wir haben inzwischen gelernt. Wir wollen lieber geschädigt werden, als einen faulen Frieden eingehen, der immer wieder zu neuen Streiks führen würde. Wir lassen uns durch Kontraktbruch keine Zugeständnisse abtrotzen. Wir haben Ueberzeugungen und wollen mit ihnen stehen und fallen. Wir dünken uns menschlich nicht mehr als unsere Arbeiter, und sehen durchaus nicht auf sie herab. Mit jedem einzelnen (?) wollen wir gern verhandeln und auf ganz gleichem Fuße. Wollten wir Arbeiterausschüsse zugestehen, so schüfen wir den Sozialdemokraten in unseren eigenen Betrieben Agitationsherde. Das Wagennullen durch Strafen zu ersetzen, hat sich als unpraktisch erwiesen, Lohnstatuen sind undurchführbar, Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Schicht bedeutete Erhöhung der Betriebskosten und Kohlenpreise auf absehbare Zeit in der vollen Relation. Kein Gewerbe steht so unter Aufsicht, wie der Bergbau. Wenn wirklich allgemeine Mißstände vorhanden sind, so kann die Regierung das leicht feststellen. Es ist unbegreiflich, daß die Revierbeamten noch keinen Auftrag dazu erhalten haben. Der Streik war vorauszusehen, wenn auch erst für den Frühling. Die Sozialdemokraten und die christlich-sozialen gewerkschaftlichen Fanatiker haben zuviel gehetzt. Die Kokesvorräte des Syndikats reichen noch vier Wochen, die Kohlenvorräte sind freilich geringer. Was den Bezug ausländischer Kohle betrifft, so hat das Syndikat viel Angebote erhalten und seinen Abnehmern seine kostenlose Vermittelung zur Verfügung gestellt."

Der Vertreter des Blattes schließt: „Ich gewann aus der Unterhaltung mit Geheimrat Kirdorf, der seine Ansichten mit dem Ton großen Ernstes und unerschütterlicher Ueberzeugung darlegte, die Ueberzeugung, daß Grundlagen für irgend welche Friedensverhandlungen gegenwärtig nicht bestehen und daher das Ende des großen sozialen Kampfes garnicht abzusehen ist".

Bemerkungen dazu siehe im Leitartikel.

Streiknachrichten.

Meldungen aus dem Ruhrgebiet zufolge werden dort zum Schutze der Arbeitswilligen scharfe Maßregeln ergriffen. Niemand darf sich unbefugt in der Nähe einer Betriebsstätte oder deren Zugangswegen aufhalten. Der Essener Oberbürgermeister teilte nach dem „L.-A." der Siebenerkommission mit, daß es fernerhin nicht mehr gestattet sei, Streikposten aufzustellen.

Auf der Zeche Bruchstraße wurden am Dienstag die Ausständigen abgelohnt. Auf der Zeche Neu-Oberhausen sind sechs Schichten die Löhne nicht einbehalten. Die Auszahlungen gehen ruhig vor sich. Die Kohlenpreise steigen fortgesetzt.

Uebergreifen des Streiks nach Belgien.

Trotz der Warnung des nationalen Komitees der belgischen Bergarbeiter vor einem partiellen Streik ist der seit mehreren Tagen angekündigte Streik am Montag im Borinage ausgebrochen. Vorläufig sind es nur hundert Arbeiter der Gruben von Grand Hornu, die eine Lohnerhöhung fordern und die Einfahrt verweigern. Diese Streikerklärung hat aber auf die erregten Arbeiter der umliegenden Gruben einen tiefen Eindruck gemacht. Man befürchtet ein schnelles Umsichgreifen der Bewegung. Manifeste in heftiger Sprache werden verbreitet. Es ist nicht zu leugnen, daß durch den langandauernden Mangel an ausgiebiger Arbeit viel Elend unter den Bergarbeitern herrscht. Die schnelle Abgabe der Kohlenlager nach Deutschland haben die Preise für Kohlen verteuert und die Arbeiter werfen den einzelnen Grubenbesitzern vor — ob mit Recht oder Unrecht ist schwer zu entscheiden — daß ihnen Kohlen überhaupt verweigert oder zu hohen Preisen angerechnet würden, da alle Kohlen nach Deutschland gehen sollen. Merkwürdig bleibt es, daß die belgische Presse bis zum Augenblick die Möglichkeit eines Streiks überhaupt nicht ins Auge faßt. Inzwischen dauern die Schwierigkeiten des Kohlentransportes nach Deutschland an, da allein von Mons aus durchschnittlich täglich 800 Wagen mit Koks und Kohle nach Deutschland gehen. Auf dem Rangierbahnhofe Ronet bei Namur bleiben hunderte von Wagen stecken, weshalb statt der Linie Charleroi-Namur der Kohlentransport über Loewen und Aerschot geleitet wird. Ueber Wagenmangel wird sehr geklagt. So soll es gestern im Borinage an 600 und in Charleroi an 1500 Wagen gefehlt haben.

Die Krisis in Russland.

Ruhigere Situation in Petersburg.

Vom Dienstag wird der „Voss. Ztg." gemeldet: „Der Vormittag war ruhiger, wenngleich die Menschenmassen in den Straßen immer noch sehr groß sind. Die meisten Magazine sind geöffnet. Vor dem Winterpalais befindet sich kein Militär; überhaupt sind weniger Truppen sichtbar. — Nach dem „B. T." hält, obgleich der Haß und die Erbitterung unter den Arbeitern im Wachsen ist, die Regierung die Fortsetzung größerer Unruhen in Petersburg für ausgeschlossen. — Wie der „L.-A." meldet, besitzen die Arbeiter noch Geldmittel, um den Streik bis Sonnabend aushalten zu können. Gestern wurden in großen Leichenzügen die Opfer der Sonntagskatastrophe nach den Friedhöfen hinausgeleitet.

Gegen die amtliche Herabsetzung der Zahl der Gemordeten.

Der Petersburger Korrespondent des Pariser „Journal" depeschiert: „Ich halte die Ziffer von 2000 Toten aufrecht. Die Zahl der Verwundeten ist noch schrecklicher, als gemeldet, die Mitteilungen der Polizei darüber sind lächerlich. Auf der Admiralität sagte man mir heute, daß allein durch die dortige Ambulanz 300 Tote und Verwundete aufgenommen wurden, unter ihnen zahlreiche Kinder. Die unglücklichen Kleinen waren auf die Bäume des Alexanderplatzes geklettert und wurden wie Spatzen heruntergeschossen, — diesen Ausdruck gebrauchte der Admiral, mit dem ich sprach."

Das Arbeiterheer bei Kolpino

besteht, nach einem Telegramm der „Voss. Ztg.", hauptsächlich aus Arbeitern der Obuchowski-Geschützgießerei und der Georgski-Gewehrfabrik, die durch Arbeiter aus den umliegenden Ortschaften verstärkt sind. Es sind fast alles gediente Soldaten. Sie haben die Telegraphendrähte herabgerissen und verwenden sie zur Anlegung von Drahthaken vor den Barrikaden, die sie gegen die Kavallerie errichtet haben.

„Japanische" Erfindungen der Geheimpolizei.

Was die Aktion des liberalen Komitees erschwert, ist, nach dem „L. A.", die Gegenaktion der Geheimpolizei, die das Gerücht verbreiten, daß 48 Millionen Franks japanischen Geldes den Streikfonds bilden. Diese unsinnige Behauptung wird mit allerhand Einzelheiten glaubhaft gemacht und durch mündliche Ueberlieferung rasch fortgepflanzt.

Aufhebung des Arbeiterklubs und Verhaftungen.

In der Nacht zum Dienstag wurden Professor Karejeff, die Schriftsteller Peschechonoff und Annensky und die Stadtverordneten Rechtsanwälte Kedrin und Schmitnikoff verhaftet. Auch der Redakteur der Zeitung „Prawo", Jessen, ist verhaftet worden. Der Arbeiterklub wurde auf Befehl des Stadthauptmanns aufgehoben.

Vom „Vater Gapon"

erzählt nach dem „H. C." ein österreichischer demokratischer Politiker, der lange Zeit in Rußland lebte, mancherlei. Danach ist Gapon in einem Dorfe geboren und war Schweinehirt, bis ihn ein Gönner in die Schule und später auf das Seminar brachte. Seine dortige Sittennote war aber wegen seines leidenschaftlichen Hanges zur Politik schlecht, deshalb konnte Gapon nicht die Hochschule besuchen. Er kam darauf als Statistiker in das Poltawa-Semestwo. Dort befreundete er sich mit Anhängern von Tolstoi und eignete sich die Grundsätze der Tolstoischen Lehre an. Er suchte sich nun nach Möglichkeit dem Volke zu nähern und es aufzuklären. Er lernte sodann ein Mädchen kennen, den Typus des kämpfenden opferwilligen russischen Weibes, das